

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Fischer (Hamburg), Dr. Dionys Jobst und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Horst Friedrich, Lisa Peters, Dr. Klaus Röhl und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 13/6403 –

Weißbuch über Harmonisierungsdefizite bei Verkehrsdienstleistungen

A. Problem

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, die EU-Kommission darauf zu drängen, ein Weißbuch über die immer noch bestehenden Regelungs- und Vollzugsdefizite bei den Wettbewerbsbedingungen für Verkehrsdienstleistungen im europäischen Binnenmarkt bis zum 1. Januar 1998 zu erarbeiten, damit diese Maßnahmen rechtzeitig vor der völligen Freigabe der Kabotage zum 1. Juli 1998 umgesetzt werden. Das Weißbuch soll zu dem im EU-Vertrag vorgesehenen fairen Leistungswettbewerb beitragen.

B. Lösung

Annahme des Antrages.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Annahme des Antrages in geänderter Fassung, wonach die Erstellung des Weißbuches nicht dazu führen darf, daß bis zu seinem Erscheinen keine Harmonisierungsmaßnahmen eingeleitet werden und die Harmonisierung nicht zu Rückschritten im Bereich der Umwelt- und Sozialnormen führen darf.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 13/6403 – anzunehmen.

Bonn, den 12. März 1997

Der Ausschuß für Verkehr

Dr. Dionys Jobst

Vorsitzender

Karin Rehbock-Zureich

Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Karin Rehbock-Zureich**I.**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 13/6403 in seiner 148. Sitzung am 12. Dezember 1996 federführend an den Ausschuß für Verkehr und mitberatend an den Ausschuß für Wirtschaft sowie an den Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus überwiesen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat in seiner Sitzung am 19. Februar 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS und bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion der F.D.P. empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus hat in seiner Sitzung am 19. Februar 1997 einstimmig bei Stimmenthaltung der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der Ausschuß für Verkehr hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 12. März 1997 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. sowie einer Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der SPD, zweier Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

II.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, die EU-Kommission darauf zu drängen, ein Weißbuch über die immer noch bestehenden Regelungs- und Vollzugsdefizite bei den Wettbewerbsbedingungen für Verkehrsdienstleistungen im europäischen Binnenmarkt bis zum 1. Januar 1998 zu erarbeiten. Damit soll erreicht werden, daß die sich daraus ergebenden Maßnahmen rechtzeitig vor der völligen Freigabe der Kabotage zum 1. Juli 1998 umgesetzt werden. Dieses Weißbuch soll dazu beitragen, den vom EU-Vertrag vorgesehenen fairen Leistungswettbewerb zu gewährleisten. Die Antragsteller haben zur Begründung darauf hingewiesen, daß im Bereich der Transportwirtschaft, insbesondere beim Straßengüterverkehr und bei der Binnenschifffahrt, immer noch erhebliche Harmonisierungsdefizite bestehen. Daher sollte das Weißbuch erarbeitet werden, damit sowohl die EU-Kommission als auch die EU-Mitgliedsländer aufgefordert werden können, es als gemeinsamen Orientierungsrahmen zu verwenden und die sich daraus ergebenden Maßnahmen rechtzeitig vor der völligen Freigabe der Kabotage umzusetzen.

Bei den Beratungen des Ausschusses für Verkehr betonten die Antragsteller, man müsse die EU-Kommission immer wieder unter Druck setzen, über Harmonisierung nicht nur national zu reden, sondern auch im

europäischen Rahmen zu entscheiden. Dabei gehe es auch um einen Abbau der antieuropäischen Stimmung.

Die Fraktion der SPD erklärte, sie würde dem Antrag der Koalitionsfraktionen zustimmen, wenn hinzugefügt würde, daß die Erstellung des Weißbuchs nicht dazu führen dürfe, daß bis zu seinem Erscheinen keine Harmonisierungsmaßnahmen eingeleitet werden und daß die Harmonisierung nicht zu Rückschritten im Bereich der Umwelt- und Sozialnormen führen dürfe, da diese einen besonderen Stellenwert besäßen. – Die Koalitionsfraktionen erwiderten, diese Änderungsanträge seien inhaltlich bereits im Koalitionsantrag enthalten; es handele sich um Selbstverständlichkeiten. Es wäre unangemessen, diese zwei Details besonders zu betonen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führte aus, sie werde dem Antrag zustimmen, obwohl nach ihrer Auffassung der Begriff der Harmonisierung etwas schief dargestellt werde. Es dürfe keine Harmonisierung „nach unten“ geben; Sozial-, Sicherheits-, Lohn- und Umweltstandards dürften nicht verschlechtert werden.

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS abgelehnt. Die Fraktion der SPD enthielt sich daraufhin beim Koalitionsantrag der Stimme.

Bonn, den 12. März 1997

Karin Rehbock-Zureich

Berichterstatlerin

